



Geschäftsstelle der Synode

Drucksache

III a / 1

2. Tagung der 11. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
in Ulm
25. bis 29. Oktober 2009

B E R I C H T

des Diakonischen Werkes der EKD e.V.

(Präsident Klaus-Dieter K. Kottnik)

- Kurzfassung -

mit der

Kurzfassung des Berichtes

der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste (AMD)

(Pfarrer Dr. Erhard Berneburg)

Hannover, den 30. September 2009

Pfarrer Klaus-Dieter K. Kottnik
Präsident des Diakonischen Werkes der EKD

Bericht des diakonischen Werkes der EKD für die EKD-Synode 2009 Kurzfassung

Die Diakonie ist Akteurin im Haus der Einen Welt

Gerechtigkeit in Deutschland kann nicht mehr unverbunden mit der Frage der Gerechtigkeit in der Einen Welt gedacht werden. Verdanken sich bisher Zuwächse in der sozialen Arbeit in der Regel einem quantitativen wirtschaftlichen Wachstum, ist heute deutlich geworden, dass eben dieses Wachstum an Grenzen stößt. Soziale Arbeit muss im Kontext einer globalisierten Welt gedacht werden. „Wer für Armutslinderung eintritt, ohne in Reichtumslinderung einzuwilligen, betreibt nichts weiter als Spiegelfechtereie“, heißt es in einer vom BUND, dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und der Aktion „Brot für die Welt“ gemeinsam herausgegebenen Studie "Zukunftsfähiges Deutschland". Gefragt sind ein umfassender Paradigmenwechsel und die Beantwortung der Frage: Wie kann Wohlstand für alle verwirklicht werden, ohne die globale Ressourcenfalle zu laufen? Wie kann man Entwicklung und Fortschritt ohne Wachstum denken? Wie lassen sich extraterritoriale Staaten- und transnationale Unternehmenspflichten verbindlich machen?

Die geplante Fusion des Diakonischen Werkes der EKD mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst soll die Voraussetzung schaffen, soziale Arbeit im nationalen und internationalen Horizont nicht mehr getrennt von einander zu betrachten.

Die Dienstgemeinschaft im Haus der Diakonie

Innerhalb der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland nehmen Diakonie und Caritas mit ihrem besonderen kirchlichen Arbeitsrecht eine besondere Stellung ein. Statt mit Streik und Aussperrung soll Einigung über die Höhe der Gehälter und die arbeitsrechtlichen Regelungen konsensual gefunden werden. Grundlegend dafür ist die Vorstellung von der Dienstgemeinschaft. Sowohl Leitende als auch diejenigen, die direkt ihren Dienst in der Pflege und der sozialen Arbeit an Menschen tun, verstehen sich als Teil eines kirchlichen Auftrags. Doch an vielen Stellen der diakonischen Landschaft in Deutschland wird der sogenannte Dritte Weg, also das Recht der Kirchen und damit der Diakonie, ihre arbeitsrechtlichen Setzungen autonom zu regeln, in Frage gestellt.

Die Gewerkschaft ver.di forderte von einzelnen diakonischen Einrichtungen unter Androhung von Streiks Tarifvertragsverhandlungen – die diakonischen Arbeitgeber hingegen forderten die Mitarbeiterseite auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Das Diakonische Werk der EKD stellte gegenüber dem Verdi-Vorsitzenden schriftlich klar, dass das Arbeitsrechtssetzungsverfahren in Kirche und Diakonie unter Ausschluss von Streik und Aussperrung im Dritten Weg erfolgt. Zugleich wurde auf die verfassungsrechtliche Position der Kirchen hingewiesen und deutlich gemacht, dass diakonische Einrichtungen sowohl nach kirchlichem Recht als auch nach den Satzungsbestimmungen der Diakonischen Werke keine Tarifverhandlungen aufnehmen können, sondern an den Dritten Weg gebunden sind. ... Nach herrschender Rechtsmeinung folgt aus dem Begriff der Dienstgemeinschaft, dass die arbeitsrechtlichen Kampfmittel Streik und Aussperrung ausgeschlossen sind. Keine der beiden Seiten darf in einer Weise Druck ausüben, die den Verhandlungspartner hindert, den kirchlichen Auftrag auszuführen. Aus ihrem Selbstbestimmungsrecht heraus haben sich die Kirchen gegen den Tarifvertrag entschieden. Dort, wo kirchliche Tarifverträge abgeschlossen worden sind, wie in Nordelbien oder Berlin-Brandenburg, ist der Arbeitskampf auch

ausgeschlossen. Die Zuständigkeit für das Arbeitsrecht in Kirche und Diakonie liegt bei den Landeskirchen. Sie sind entscheidungsbefugt. Zum Dritten Weg gibt es für das Diakonische Werk der EKD keine Alternative. ...

In dieses Thema gehört insofern auch die Frage nach der Kampagnenfähigkeit der Diakonie. Eine der wesentlichen Aufgaben des Diakonischen Werkes der EKD zusammen mit den ihm angehörenden Landes- und Fachverbände wird es sein müssen, wirtschaftliche Probleme und soziale Forderungen wirksam zu kommunizieren. Denn soziale Arbeit braucht eine diese Arbeit wertschätzende Entlohnung. Das Anliegen kann die Diakonie nicht allein einlösen. Dazu sind eine Haltung unserer Gesellschaft und eine Politik notwendig, der soziale Arbeit etwas wert ist.

Sich in einem Haus zu verstehen, heißt sozialräumlich denken

Zur Zeit wird sowohl in der Diakonie als auch in der verfassten Kirche häufig nach dem besonderen „evangelischen Profil“ gefragt. Viele beklagen eine permanente Undeutlichkeit kirchlicher und diakonischer Aktivitäten. Dagegen soll missionarisches Handeln wieder klarer in den Vordergrund treten. Hier hat es in den letzten Jahren auch in der Diakonie wichtige neue Impulse gegeben. ...Vielen Menschen sind Kirchenjahr, kirchliche Rituale und kirchliche Sprache sehr fremd geworden. Kirchliche Kultur und die alltägliche Lebenswelt treffen sich oft nicht mehr. Hier brauchen wir neue Begegnungsflächen....: Es gibt in der Politik eine neue Wertschätzung des Wohnortes und des Miteinanders. So wird unter der Überschrift „Soziale Stadt“ gefragt, wie soziale Brennpunkte zu lebenswerten Quartieren entwickelt werden können.

Beide Entwicklungslinien lenken unseren Blick auf den sozialen Raum. Kirchliches und diakonisches Arbeiten kann nie unabhängig von diesem Raum geplant werden. Und das bedeutet auch: nie unabhängig von anderen Initiativen und den Interessen der Menschen, die in einem solchen Stadtteil leben. Hier müssen sowohl Kirchengemeinden wie diakonische Dienste und Einrichtungen miteinander ihre Rolle als zivilgesellschaftliche Akteure neben anderen reflektieren. Neben der Fähigkeit, den christlichen Glauben klar zu verkündigen, wären „sozialräumliche“ Kompetenzen wie Dialogfähigkeit, Gemeinwesenorientierung und Kultursensibilität auszubilden. Hier besteht eine große Chance, als Diakonie und Kirche wieder ansprechbarer zu werden.

Qualität in der Diakonie

Die Qualität von Leistungen und das steuernde Instrument des Qualitätsmanagements gewinnen gesellschaftliche Bedeutung. Qualität wird dabei einerseits als Merkmal verwendet, über das sich eine Organisation von anderen positiv unterscheiden kann, andererseits als Garantie für die Einhaltung definierter und allgemein anerkannter Qualitätsstandards (Zertifizierung).

Das Diakonische Institut für Qualitätsentwicklung hat mit dem Diakonie-Siegel KiTa/Evangelisches Gütesiegel Beta früh auf diese Entwicklung reagiert. Das neue Bundesrahmenhandbuch Diakonie-Siegel KiTa/Evangelisches Gütesiegel BETA baut auf etablierten Bundesrahmenhandbüchern auf. Es ist speziell für evangelische Tageseinrichtungen für Kinder entwickelt worden und listet alle relevanten Qualitätskriterien für die Erstellung von Standards und Verfahren auf.

Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Werk

Die Mitgliederversammlung des EED und die Diakonische Konferenz haben im Oktober 2008 die Grundsatzbeschlüsse zum Zusammenschluss beider Werke, für den Umzug nach Berlin und für die Bildung des Evangelischen Zentrums für Entwicklung und Diakonie gefasst. Ziel

ist es, dass Fusion und Umzug bis Ende 2012 vollzogen sind. Seitdem ist auf allen Ebenen an der Umsetzung dieser Beschlüsse gearbeitet worden.

Seit dem 27. August 2009 liegt ein aus der Arbeit der Gemeinsamen Steuerungsgruppe erwachsener Entwurf der Satzung für das neue Evangelische Zentrum für Entwicklung und Diakonie vor. Dieser wird derzeit in einer ersten Runde in den jeweiligen Mitgliedergruppen des Diakonischen Werkes der EKD und in der Mitgliederversammlung des EED erörtert.

Die Sozialplanverhandlungen werden seit dem 22. Juni 2009 zwischen den Verhandlungsgruppen geführt, die aus Vertretern der Vorstände des Diakonischen Werkes der EKD und des EED sowie Vertretern des Kirchenamtes der EKD einerseits und aus VertreterInnen der Gesamt-MAV des Diakonischen Werkes der EKD und der MAV des EED andererseits gebildet sind. Gemeinsames Ziel ist es, die Verhandlungen bis Jahresende abzuschließen. Die Beteiligten stimmen überein, dass die Sozialplanverhandlungen geführt werden, insbesondere um Nachteile auszugleichen oder zu mildern, die sich aus der Verlegung der Dienststellen von Bonn und Stuttgart nach Berlin ergeben.

Hinsichtlich der Frage des Standortes lagen unterschiedliche Angebote für einen möglichen Standort des neuen Evangelischen Zentrums für Entwicklung und Diakonie vor. Im Ergebnis ist eine Entscheidung zugunsten des Standorts der Berliner Stadtmission in unmittelbarer Nähe zum Berliner Hauptbahnhof gefallen. Das Evangelische Zentrum für Entwicklung und Diakonie wird sich in dem von der Stadtmission zu errichtenden Gebäudekomplex einmieten. Derzeit wird ein Rahmenvertrag ausgehandelt, um die weiteren Schritte zu konkretisieren. Parallel dazu erfolgt die Abstimmung der Nutzeranforderungen für das zu errichtende Gebäude.

Viel Aufmerksamkeit wird im Prozess der Zusammenführung der Organisationsentwicklung gewidmet. Unter dem Motto: Einander begegnen – Miteinander nachdenken – Gemeinsam starten fand am 13. und 14. Januar 2009 eine Denkwerkstatt mit 100 Mitarbeitenden des Diakonischen Werkes der EKD und des EED statt. Mit Hilfe der Methode des Open Space wurden in über 40 Arbeitsgruppen Fragestellungen und Herausforderungen im Fusionsprozess aufgeworfen und Diskussionsforen eröffnet. Diese Begegnung war eine wichtige Eröffnung des Veränderungsprozesses der fusionierenden Werke.

Zur Bewältigung der anstehenden Fragen soll der Prozess der Zusammenführung – aufgrund der bisherigen Beschlusslage zur zukünftigen Struktur des „Evangelischen Zentrums für Entwicklung und Diakonie“ – in fünf Einzelprojekten gestaltet werden. Dabei handelt es sich um:

- das Einzelprojekt Zentrum: Entwicklung einer Vision und Schaffung eines Rahmens für das „Evangelische Zentrum für Entwicklung und Diakonie“;
- das Einzelprojekt Entwicklungsdienst: Zusammenschluss der Fachfunktionen von Ökumenischer Diakonie und Evangelischem Entwicklungsdienst durch einen partizipativen und werteorientierten Veränderungsprozess;
- das Einzelprojekt Bundesverband: Optimierung der Arbeit und Bildung des Werkes „Diakonie Deutschland – Der evangelische Bundesverband“;
- das Einzelprojekt Service: Neuausrichtung der beiden Service-Teilbereiche und deren Verankerung in den beiden Werken „Brot für die Welt – Der evangelische Entwicklungsdienst“ und „Diakonie Deutschland – Der evangelische Bundesverband“;
- das Einzelprojekt Übergang: Gestaltung des Übergangs (Personal, Recht, Finanzen, Raum, Umzug, Logistik etc.).

Nach der Entscheidung, das Beratungsunternehmen Contract mit der Begleitung des Fusionsprozesses zu beauftragen, haben die Vorstände des Diakonischen Werkes der EKD und des EED nun auch die Projektleitungen für die Gesamtsteuerung und die Einzelprojekte „Zentrum“, „Entwicklungsdienst“, „Bundesverband“, „Service“ und „Übergang“ benannt. Zudem legten sie die Vorstandszuständigkeiten für die Projekte fest. Neben den

Veränderungsprojekten identifizierten die Vorstände drei Querschnittsthemen, deren Bearbeitung im Gesamtprozess über alle Einzelprojekte hinweg von Bedeutung ist. Die Querschnittsthemen sind „Qualität“, „Kultur“ und „Kommunikation“. „Qualität“ und „Kommunikation“ sind organisatorisch der Gesamtsteuerung zugeordnet, das Thema „Kultur“ ist beim Einzelprojekt „Zentrum“ angesiedelt.

- Die Projektleitung für die **Gesamtsteuerung** wird von Karin Döhne wahrgenommen. Zum Start des Veränderungsprozesses sind die Vorstandmitglieder Cornelia Füllkrug-Weitzel, Tilman Henke und Präsident Klaus-Dieter K. Kottnik für die Gesamtsteuerung zuständig. Zur Jahreswende 09/10 wird hierzu neu entschieden.
- Dr. Ingolf Hübner leitet das **Einzelprojekt „Zentrum“**. Die zuständigen Vorstandmitglieder sind Präsident Klaus-Dieter K. Kottnik und Dr. Rudolf Ficker.
- Dr. Stefan Cramer leitet das **Einzelprojekt „Entwicklungsdienst“**. Cornelia Füllkrug-Weitzel und Dr. Claudia Warning haben hier die Zuständigkeit auf Vorstandsebene.
- Käte Roos leitet das **Einzelprojekt „Bundesverband“** und die zuständigen Vorstandmitglieder sind Präsident Klaus-Dieter K. Kottnik und Vizepräsident Dr. Wolfgang Teske.
- Jerg Bosch leitet das **Einzelprojekt „Service“**. Die hier zuständigen Vorstandmitglieder sind Tilman Henke und Vizepräsident Dr. Wolfgang Teske.
- Das **Einzelprojekt „Übergang“** wird von Georg Blaschke geleitet, die Zuständigkeit auf Vorstandsebene übernehmen Tilman Henke und Vizepräsident Dr. Wolfgang Teske.
- Andrea Burkhardt ist verantwortlich für das Querschnittsthema Kommunikation, Brigitte Jacobs-Hombeuel für Kultur und Dr. Wolfgang Zeese für Qualität.

Die Gesamtsteuerung und die Einzelprojekte „Entwicklungsdienst“ und „Service“ werden von der Firma Contract beraten. Über eine Beratung der anderen Projekte liegt bisher keine Entscheidung vor. Für das Einzelprojekt „Zentrum“ führen die Vorstände Sondierungsgespräche mit der Beratungsfirma „Dr. Dithmar&Partner“, die auch für die Bearbeitung des Themas Kultur interessante Angebote gemacht hat.

Um eine gute Kommunikation und Information zwischen den Mitarbeitenden und den Projektverantwortlichen in dem bevorstehenden Veränderungsprozess zu gewährleisten, sollen aus den Reihen der Mitarbeitenden Botschafterinnen und Botschafter benannt werden – quasi als Bindeglied. Auf diesem Wege können Anregungen und Informationen aus der Mitarbeiterschaft in den Veränderungsprozess hineingetragen werden und gleichzeitig besteht die Möglichkeit, den Prozess in die Mitarbeiterschaft hinein zu kommunizieren, zusätzlich zu den Führungskräften.

Einzelheiten zur Deckung der im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss am Standort Berlin notwendigen Investitionen und sonstigen Aufwendungen sind im Lagebericht 2008 des Diakonischen Werkes der EKD dargestellt, der auch Bestandteil des Geschäftsberichts ist. Zur Deckung des im Rahmen der Fusion mit dem EED zu erbringenden Eigenbeitrags des Diakonischen Werkes der EKD wurde im Jahr 2008 eine Rückstellung in Höhe von 2.500 TEUR gebildet.

Gemeinnützigkeit im europäischen Spannungsverhältnis

Derzeit erleben wir in Deutschland eine Besinnung auf die Kultur der Zivilgesellschaft, auf das Engagement ehrenamtlicher und hauptamtlicher Bürger und Bürgerinnen für das Gemeinwesen und auf den Einsatz professioneller gemeinwohlorientierter sozialer Dienste im Sozialstaat Deutschland. Ein Beleg dafür war unter anderem das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, das seit 2007 seine Wirkung entfaltet. Eingebettet sind diese Aktivitäten in das System der „Gemeinnützigkeit“, das der Arbeitsweise und dem Selbstverständnis insbesondere der Spitzenverbände der Freien

Wohlfahrtspflege und ihrer Mitgliedseinrichtungen zugrunde liegt. Wer „gemeinnützig“ handelt, setzt sich selbstlos und nicht im kommerziellen Interesse für hilfsbedürftige Menschen, aber auch für eine Verbesserung sozialer Lebensverhältnisse und Strukturen ein. Einrichtungen und Werke, die als gemeinnützig anerkannt sind, tun dies und erfüllen damit den staatliche Auftrag der Daseinsvorsorge, elementare Leistungen der Grundversorgung vorzuhalten. Sie handeln dabei in eigener Verantwortung, aber im öffentlichen Interesse. Gemeinnützige soziale Dienste sind personenbezogen und unterliegen zahlreichen gesetzgeberischen Vorgaben und Kontrollen, die mit dem Wirtschaftsmarkt nicht vergleichbar sind. Dabei stehen sie im Wettbewerb untereinander und mit privatgewerblichen Konkurrenten.

Das Steuerrecht sieht für dieses Handeln teilweise Steuerbefreiungen und Steuerbegünstigungen im Verhältnis zum erwerbswirtschaftlichen Normalsteuersatz vor. „Gemeinnützigkeit“ als selbstlose Dienstform zum Nutzen des einzelnen Menschen und der Allgemeinheit ist dabei nicht allein eine steuerrechtliche Adresse nach der Abgabenordnung, sondern Ausdruck eines kulturellen Selbstverständnisses der Zivilgesellschaft und eine ordnungspolitische Größe im Sozialstaat Deutschland.

Reform des Mitarbeitervertretungsgesetzes der EKD

Die Leitungskonferenz der Landesverbände hatte im Februar 2008 die Ergebnisse einer mit dem Thema „Reform des Mitarbeitervertretungsgesetzes der EKD“ befassten Arbeitsgruppe gebilligt. Das Diakonische Werk der EKD hat daraufhin die Vorschläge zur Änderung des Mitarbeitervertretungsgesetzes (MVG) an die EKD übersandt. Dabei hat es darauf hingewiesen, in den Beratungen sei deutlich geworden, dass sich die Arbeitspraxis in Kirche und Diakonie unterschiedlich entwickelt hat und damit Fragen des Mitarbeitervertretungsrechtes nicht immer einheitlich beantwortet werden. In den diakonischen Einrichtungen habe der Kostendruck spürbar zugenommen und daher seien Änderungen des Mitarbeitervertretungsrechtes notwendig. Der Rat der EKD hat nun einen Entwurf zur Änderung des MVG vorgelegt. ... Bei diesem Entwurf sind für die Diakonie wichtige Punkte nicht aufgenommen worden. Dies betrifft vor allem die Veränderung des Beteiligungsrechtes der Mitarbeitervertretung bei der ordentlichen Kündigung. Hier hatte die Diakonie darauf hingewiesen, dass bei der jetzigen Mitbestimmung neben dem kirchengerichtlichen Verfahren auch noch ein arbeitsgerichtliches Verfahren durchgeführt werden muss. Sie hat daher die Umwandlung der Mitbestimmung in ein Mitberatungsrecht analog zum Betriebsverfassungsgesetz gefordert. Weiterhin ist eine Regelung über ein Arbeitszeitkonto für die Freistellungen der Mitarbeitervertretungsmitglieder nicht aufgenommen worden. Auch der Vorschlag, das Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung auf Mitarbeitende zu begrenzen, wurde nicht aufgenommen.

Diakonische Initiative wurde wirksam

Wir blicken auf einen Zeitraum zurück, in dem das Diakonische Werk der EKD gemeinsam mit den Landes- und Fachverbänden eine Vielzahl von Gesetzesvorhaben beeinflusst, Diskussionen angestoßen und zahlreiche gute diakonische Initiativen gestartet hat. Dem Engagement der Mitarbeitenden ist es zu verdanken, dass neben den von der Politik vorgegebenen Themen auch eigene diakonische Initiativen wirksam werden konnten.

Neben der Abstimmung von Positionierungen zu Gesetzesvorhaben hat die Projektarbeit einen erheblichen Anteil daran, dass das Diakonische Werk der EKD mit aktuellen und fundierten Papieren an die Öffentlichkeit treten und unzählige politische Gespräche auf der Basis einer hohen Fachlichkeit führen konnte. Insgesamt konnte sich der Verband am Standort Berlin als wichtiger Gesprächspartner der Politik profilieren. Aufgrund ihrer Sach-

und Fachkenntnisse sind die Mitarbeitenden gesuchte Ansprechpartner der bundespolitischen Institutionen, der Wohlfahrtspflege und anderer Verbände.

Die Entwicklungen in der Kinder- und Jugendpolitik stellten im Berichtszeitraum einen besonderen Schwerpunkt dar. So hat sich das Diakonische Werk der EKD im Gesetzgebungsverfahren zum Kinderförderungsgesetz für den Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze für Kinder ab dem 1. Lebensjahr eingesetzt. Es hat sich mit Erfolg gegen die geplanten bundesrechtlichen Vorgaben ausgesprochen, die die Landesgesetzgeber verpflichtet hätten, privat-gewerbliche und frei-gemeinnützige Träger bei der Finanzierung von Kindertagesstätten gleich zu behandeln. ...Außerdem hat die Diakonie eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Kindertageseinrichtungen angemahnt, da alle politischen Anstrengungen in der frühkindlichen Bildung sonst erfolglos bleiben müssen.

In einer vielbeachteten Veranstaltung mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Dr. Ursula von der Leyen, im Herbst 2008 hat das Diakonische Werk der EKD den Fokus wieder stärker auf die Jugendpolitik gelenkt, die in der politischen Diskussion – nicht zuletzt aufgrund finanzpolitischer Rücksichten – seit längerem ein Schattendasein führt. ...

Die Themen Armut und Arbeitslosigkeit bildeten einen weiteren Schwerpunkt der sozialpolitischen Arbeit des Diakonischen Werkes der EKD. Im Gesetzgebungsverfahren zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wurde auf negative Konsequenzen durch Normierung und starke zentrale Steuerung der Verfahren sowie auf die weitere Verschlechterung der Rechtsstellung der Arbeitsuchenden hingewiesen.

Im Bereich Gesundheit und Pflege hat das Diakonische Werk der EKD gegenüber der Politik, aber auch in Diskussionen mit anderen Verbänden und Akteuren wie beispielsweise der Deutschen Krankenhausgesellschaft das innovative Modell einer integrierten Pflegeausbildung vorangebracht und dem Thema auf dem Diakoniekongress zukunfts:pfelegen im Juni 2009 weiten Raum gegeben. Der erfolgreiche dreitägige Kongress vereinte den 2. Deutschen Pflegeschüler/-innen Kongress, ein Expertenforum für Führungs- und Leitungskräfte und das Symposium "Spiritualität in der Pflege" für Mitarbeitende in Pflegeberufen. In zahlreichen Vorträgen und Workshops wurde angeregt über Themen wie Mitarbeitergewinnung, Interkulturelles Management und Spiritualität im Pflegealltag diskutiert. ...

Im April 2009 hat das Diakonische Werk der EKD gemeinsam mit dem Bundesverband evangelischer Behindertenhilfe (BeB) zum Beschluss der 85. Arbeits- und Sozialministerkonferenz (14. November 2008) zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung Stellung genommen. Die Diskussion über die Weichenstellungen einer zukünftigen Gestaltung gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und um eine entsprechende Gesetzesnovellierung in der kommenden Legislaturperiode muss sich nach Auffassung von Diakonischen Werkes der EKD und BeB an zwei Zielen orientieren: an der Stärkung des personenzentrierten Ansatzes in der Eingliederungshilfe und des Wunsch- und Wahlrechts von Menschen mit Behinderungen. ...

Die Rahmenbedingungen für diakonische Arbeit konnten trotz vielfältiger ungünstiger Tendenzen verträglich gestaltet werden. Missstände wurden offensiv benannt, wie etwa die zu geringe Personalausstattung in der Pflege und die Weigerung der Politik, Tariflöhne zu refinanzieren. Insgesamt gilt es, in Politik und Öffentlichkeit und im Wettbewerb die gute Arbeit der Diakonie deutlich zu machen, die Qualitätsentwicklung zu befördern, die Trennung der verschiedenen Regelungsgebiete zu entschärfen und eine angemessene Finanzierung des Sozialstaats auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einzufordern. Es wird weiterhin unverzichtbar sein, für das Prinzip der Gemeinwohlorientierung zu werben und die sozialstaatlichen und sozialrechtlichen Grundprinzipien nicht aus den Augen zu verlieren.

Auf europäischer Ebene konnte der Kampf gegen eine unverständige Anwendung des aus dem Industrierecht entlehnten Vergaberechts auf soziale Dienste durch beharrliche Überzeugungsarbeit erfolgreich fortgesetzt werden. Im deutschen Rahmen verhinderte eine Initiative der Diakonie den Ausschluss gemeinnütziger Unternehmen von Bauausschreibungen. Das Thema Vergaberecht und seine Auswirkungen auf diakonische Dienste und Einrichtungen wird die Diakonie auch 2010 beschäftigen. Eine mit hochkarätigen Fachleuten besetzte Tagung mit dem Titel „Sozialvergaberecht – Chancen und Risiken“ im Juni 2009 bildete den Auftakt zu weiteren Aktivitäten.

Die öffentliche Wahrnehmung diakonischer Anliegen und der Marke Diakonie wurde durch eine Vielzahl von Präsentationen auf Veranstaltungen wie dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Bremen, der Synode der EKD und dem Kongress zukunfts: pflegen und der guten Etablierung des neu gestalteten Diakonie Magazins erreicht. Auch mit in einer gelungenen Plakatkampagne zeigte das Diakonische Werk der EKD Flagge.

Ökumenische Diakonie

50 Jahre „Brot für die Welt“

Unter dem Motto „Es ist genug für alle da“ startete „Brot für die Welt“ am 1. Advent 2008 das Jubiläumsjahr mit der bundesweiten Eröffnung der 50. Spendenaktion. Seitdem hat eine Fülle von Veranstaltungen stattgefunden, mit denen sich „Brot für die Welt“ bei den Spenderinnen und Spendern sowie bei den Trägern der Organisation für die langjährige Unterstützung bedankt. Näheres zu den Aktionen ist auf der Homepage von „Brot für die Welt“ nachzulesen: www.brot-fuer-die-welt.de/50jahre.

Der Festakt am Vorabend der offiziellen Eröffnung der 50. Aktion von „Brot für die Welt“ fand am 29. November 2008 im Admiralspalast in Berlin mit mehr als 700 Gästen statt. Im Zentrum der Veranstaltung standen die vielen Partner und „Engagierten“, die sich in Deutschland und in den Ländern des Südens für eine gerechte Welt eingesetzt haben.

Geburtstagswunsch: 2.000 Gemeinden trinken fair!

Das ursprünglich gesetzte Ziel ist erreicht: Ende 2008, mit dem Start der 50. Aktion „Brot für die Welt“, hat sich die tausendste Kirchengemeinde der Initiative „Gerecht genießen – 1.000 Gemeinden trinken fair“ angeschlossen. Sie alle bieten bei ihren Veranstaltungen ausschließlich Kaffee aus fairem Handel an. ... Nach der Höhe des Umsatzes ist Kaffee das wichtigste Agrarprodukt im Welthandel und für mehr als 100 Millionen Kleinbauern und Plantagenarbeiter das „tägliche Brot“. Viele Firmen, Verwaltungen und Bürger sind den kirchlichen Appellen der vergangenen Jahre gefolgt und beziehen Kaffee aus fairem Handel. Der Anteil an fair gehandeltem Kaffee, der in Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen selbst getrunken wird, liegt aber gerade mal bei etwa zehn Prozent. „1.000 Gemeinden trinken fair“ ist ein wichtiger Beitrag, diese Glaubwürdigkeitslücke zu schließen.

Klimaschutz, Ernährungssicherheit und das Recht auf eine nachhaltige Entwicklung

Klima, Ernährungssicherheit und Entwicklung sind untrennbar miteinander verbunden. Der Klimawandel trifft die Armen des Südens ungleich härter und existenzieller als die reichen Länder: Die armen Länder tragen die Hauptlast der Klimafolgen. Dazu kommt: 95 Prozent der Todesopfer, die weltweit infolge von Naturkatastrophen zu beklagen sind, stammen aus den ärmeren oder einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen. Unser nicht-nachhaltiger Produktions- und Lebensstil ist wesentlich für die Überlastung der Atmosphäre

verantwortlich. Darum ist es eine Frage der Gerechtigkeit, der Menschenrechte und der ethisch-moralischen Verantwortung, sich für wirkungsvollen Klimaschutz einzusetzen, für einen zukunftsfähigen Lebensstil sowie die Unterstützung der Armen in ihrem Streben nach Ernährungssicherheit und ein Leben in Würde – auch unter den Bedingungen des Klimawandels. Für Kirchen und kirchliche Hilfswerke ist es darüber hinaus Teil ihres der Auftrages, sich für Klimagerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen.

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt

Um eine neue und breite gesellschaftliche Debatte über die Notwendigkeit eines Kurswechsels hin zu einem nachhaltigen Lebensstil in Deutschland anzustoßen, hatten „Brot für die Welt“, der Evangelische Entwicklungsdienst und der BUND beim Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie eine Studie zum Thema „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ in Auftrag gegeben. Diese Studie wurde im Oktober 2008 vorgestellt. Sie zeigt, was nachhaltige Entwicklung in einem Industrieland mit internationaler Verantwortung heute bedeutet und wie Deutschland die Herausforderungen der Globalisierung kreativ bewältigen kann. Es werden die notwendigen Instrumente benannt, um die Wende zu einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Die Studie orientiert sich an der Vision einer weltweiten und generationenübergreifenden Gerechtigkeit und ermutigt, in dieser Perspektive zu handeln. ...Die Studie hat in kürzester Zeit eine positive Resonanz gefunden. Im Herbst 2008 hat die 10. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland den Rat der EKD ausdrücklich darum gebeten, den Gliedkirchen vorzuschlagen, das notwendige energie- und klimapolitische Umdenken in der Gesellschaft zu fördern. Die Bildungs- und Jugendarbeit in den Gemeinden könne dabei insbesondere auf die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ zurückgreifen.

Die im Sommer 2008 fertiggestellte Studie hatte bereits weitsichtig vor den Folgen des ungezügelten Wachstums auf den Finanzmärkten gewarnt und den globalen Regulationsbedarf aufgezeigt. ...Am Vortag der Präsentation der Studie am 14. Oktober war mit dem Bankenrettungspaket das am schnellsten abgestimmte und teuerste Gesetz der deutschen Nachkriegsgeschichte aufgelegt worden. Die EU-Mitgliedsstaaten und die USA haben bereits im Herbst 2008 das 40fache der Summe, die sie für die Eindämmung des Klimawandels und die Verringerung der weltweiten Armut ausgeben, für die Rettung maroder Banken und Unternehmen zur Verfügung gestellt.

Alleine dieses Missverhältnis gibt Anlass zur Sorge, dass die Anliegen der Armen und Benachteiligten in der Weltgesellschaft, an deren Seite die Ökumenische Diakonie steht, beim Krisenmanagement weiter in den Hintergrund gedrängt werden. Dazu kommt, dass die bisher verabschiedeten Konjunkturprogramme, Bankengarantien und ordnungspolitischen Eingriffe noch weit davon entfernt sind, eine Wende zu einer zukunftsfähigen Entwicklung einzuleiten. Manche Rezepte zur Bewältigung der Wirtschaftskrise tragen vielmehr dazu bei, die Klima-, Umwelt- und Ernährungskrise zu verschärfen, indem kurzfristig in die Stabilisierung von überkommenen Strukturen oder in die Besitzstandswahrung investiert wird. Dagegen tritt „Brot für die Welt“ dafür ein, staatliche Investitionen gezielt auf eine nachhaltige und gerechte Entwicklung im Sinne eines „Global Green New Deal“ zu orientieren und die entwicklungspolitischen und ökologischen Lenkungseffekte von Konjunkturprogrammen zu stärken.

Vor allem aber gilt die Sorge den Leidtragenden der Krise. Der starke Anstieg des Hungers in Entwicklungsländern ist vor allem auf massive Einkommenseinbrüche in Folge der Wirtschaftskrise zurückzuführen.

Armut global

Das Arbeitsvorhaben „Armut Global“ bündelt Erfahrungen aus der Ökumenischen wie der nationalen Diakonie. Es reagiert auf die wachsende Einkommens-Ungleichheit und Ausgrenzung. Dabei konzentriert es sich auf die ärmsten und am stärksten gefährdeten

Gruppen mit eingeschränkten Selbsthilfemöglichkeiten und setzt sich mit sozialen Grundsicherungsansätzen zur Armutsbekämpfung auseinander. Zentrale Herausforderung für die gemeinsame Konzeptentwicklung mit den Partnern, für Positionierung und Programmqualifizierung ist die übergeordnete Frage: Welche Sozialpolitik ist geeignet, menschliche Entwicklung zu fördern?

Leuchtturmprojekte

Mit dem Klimawandel ist eine starke Zunahme von Naturkatastrophen zu beobachten, die zugleich an Heftigkeit zunehmen. Hierunter leiden vor allem arme Menschen: 97 Prozent aller Todesopfer infolge von Naturkatastrophen sind schon heute in Ländern des Südens zu verzeichnen. Entwicklungsfortschritte werden durch akute Katastrophen um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurückgeworfen. ... In „Leuchtturm“-Projekten werden Menschen im Süden über Ursachen und Folgen des Klimawandels aufgeklärt. Außerdem werden Anpassungsmaßnahmen entwickelt, um das Überleben zu sichern.

Einnahmenentwicklung

Die Spenden- und Kollekteneinnahmen von „Brot für die Welt“ gingen im vergangenen Jahr um rund 2,5 Prozent auf 51,4 Millionen Euro zurück. Die Spendeneinnahmen der Diakonie Katastrophenhilfe waren mit 9,2 Millionen Euro etwas höher als im Vorjahr. Beiden Spendenaktionen wurde auch in 2008 das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen e.V. (DZI) zuerkannt: Die Verwaltungs- und Werbekosten gelten bei beiden als 'sehr niedrig'.

Unsere Zahlen

Entsprechend der Beschlussfassung des Vorstandes des Diakonischen Werkes der EKD erfolgt die Veröffentlichung des Jahresabschluss des Diakonischen Werkes der EKD 2008 sowohl im Geschäftsbericht als auch im Internet. Der Geschäftsbericht enthält daher die Bilanz zum 31.12.2008 und die Gewinn- und Verlustrechnung 2008 sowie den Lagebericht 2008 des Diakonischen Werkes der EKD.

*Der im September 2009 erschienene Geschäftsbericht des DWEKD liegt auf Tischen der Synode zum Mitnehmen aus. Er kann auch bestellt werden unter:
Zentraler Vertrieb - Karlsruher Straße 11 - 70771 Leinfelden-Echterdingen*

Die Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste im Diakonischen Werk der EKD (AMD) erstattet hiermit ihren zehnten Bericht, diesmal für die EKD-Synode 2009 in Ulm.

Missionarischer Aufbruch

Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre wird Mission wieder zunehmend ein Zentralthema der Theologie und vor allem auch der Kirchen. Immer deutlicher wird Mission vom Streitbegriff zum Leitbegriff.

Bei der EKD-Synode 1999 in Leipzig fand diese Entwicklung ihr Symbol. „Leipzig 1999“ ist inzwischen ein Markenzeichen. Es wurde eine theologisch sehr beachtliche Kundgebung durch die EKD-Synode verabschiedet. Darin heißt es: **„Von dieser Synode geht das Signal aus, die evangelische Kirche setzt das Glaubensthema und den missionarischen Auftrag an die erste Stelle.“**

EKD-Reformprozess

Der umfassende missionarische Aufbruch in den Gemeinden ist letztlich einer der zentralen Zielpunkte des durch das Impulspapier „Kirche der Freiheit“ (2006) der EKD eingeleiteten Prozesses und der gemeinsamen Reformmaßnahmen der Gliedkirchen. In dem missionarischen Engagement der Gemeinden werden die kirchlichen Veränderungen für viele Menschen in ihrer Wirkung positiv erfahrbar. Zugleich stellt das missionarische Engagement der Gemeinden die Basis für jedes weitere kirchliche „Wachsen gegen den Trend“ dar. Glaubenweckendes Ansprechen der Menschen ist Aufgabe der ganzen Kirche sagt „Kirche der Freiheit“. Als Leitbild wird eine einladende missionarisch aktive und überzeugen wollende Kirche sichtbar.

Konkretionen

Im Berichtsjahr wurde deutlich, dass es zu effektiven Stärkungen der missionarischen Arbeit in einigen Landeskirchen und in der EKD kommt:

- In einigen Landeskirchen wurden neue Projekte für missionarische Arbeit initiiert.
- Die EKD hat die Schaffung eines Zentrums „Mission in der Region“ in die Wege geleitet.
- Die EKD unterstützt die „Missionarische Bildungsinitiative – ERWACHSENEN GLAUBEN“

Bedeutsamer noch als die einzelnen Maßnahmen ist der sich abzeichnende entschlossene Wille der EKD und der Gliedkirchen zu einem grundsätzlichen Mentalitätswandel: Die Reformbemühungen in den Kirchen sollen durch einen missionarischen Aufbruch qualifiziert sein.

Missionarische Bildungsinitiative – ERWACHSENEN GLAUBEN

Mit dem Projekt ERWACHSENEN GLAUBEN ist ein Kernanliegen des Reformprozesses aufgenommen worden, nämlich „Bildungsarbeit als Zeugnisdienst“ zu verstehen – so der Impuls aus Leuchtfeuer 7 in ‚Kirche der Freiheit‘.

Die Förderung von Glaubenswissen und die Eröffnung von Glaubensbiografien hat in der Kirche traditionell eine große Rolle gespielt als religiöse Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Erwachsene aber sind oftmals aus dem Blick geraten; dies soll sich nun ändern. Die Sprach- und Auskunfts-fähigkeit von Erwachsenen zu stärken durch geeignete Formen erscheint als zeitgemäßes Instrument, um neue Zugänge zum Glauben zu ermöglichen. Angebote zum Gespräch über den Glauben wirken dabei in zwei Richtungen:

Sie tragen einerseits dazu bei, innerkirchlich die Auskunftsfähigkeit über den Glauben zu fördern. Andererseits bietet die sog. 'Wiederentdeckung der Religion' neue Chancen und ungewohnte Herausforderungen, um mit Menschen an den Rändern der Kirche ins Gespräch über den Glauben zu kommen.

Das Projekt zielt darauf ab, dass Grundkurse des Glaubens in einigen Jahren zu einem selbstverständlichen Bestandteil und Markenzeichen kirchlicher Arbeit in Gemeinde und Region werden. Um den vielfältigen Kontexten evangelischer Gemeindefarbeit gerecht zu werden, sollen Gemeinden aus einer überschaubaren Palette von Kursen jenes Modell auswählen, das ihnen am ehesten entspricht. Gemeinden sollen für ihre Öffentlichkeitsarbeit auf Werbemittel und Materialien zurückgreifen können, die EKD-weit zur Verfügung gestellt werden. In möglichst weitreichender Kooperation zwischen Missionarischen Diensten, Erwachsenenbildung, Fortbildungseinrichtungen und Öffentlichkeitsarbeit wird die Umsetzung des Projektes in den Landeskirchen betrieben. Die Koordination des Projektes liegt bei der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste (AMD).

Mit dem Projekt ERWACHSENEN GLAUBEN wollen die Gliedkirchen der EKD für Erwachsene Gelegenheiten schaffen, Basiswissen über den christlichen Glauben kennen zu lernen und über den Glauben ins Gespräch zu kommen. Dabei kann die Bedeutung des Glaubens für das eigene Leben entdeckt werden und die Verbindung zur Gemeinde entwickelt werden.

Zentrum Mission in der Region

Mission als glaubenweckendes Ansprechen der Menschen in unserer Gesellschaft ist Aufgabe der ganzen Kirche in allen kirchlichen Handlungsfeldern. Als konkrete Maßnahme richtet die EKD ab 1. September 2009 das Zentrum „Mission in der Region“ ein.

Das Zentrum "Mission in der Region" soll ein wirksames Instrument zur Stärkung aufsuchender Arbeit der evangelischen Kirche werden, die Mitglieder und Distanzierte gleichermaßen einlädt. Die drei Standorte des Zentrums bringen dazu je eigene Potentiale ein: Dortmund und Stuttgart spiegeln die unterschiedlichen missionarischen Herausforderungen einer westdeutsch geprägten Kirche im Umbruch. In Greifswald wird exemplarisch die Situation im Osten Deutschlands wahrgenommen. Alle drei missionarischen Grundsituationen haben dabei exemplarisches Lösungspotential.

Ziel des Zentrums "Mission in der Region" ist es, Kultur und Qualität der missionarisch einladenden Arbeit der evangelischen Kirche in der ganzen volkswirtschaftlichen Breite nachhaltig zu fördern. Das heißt konkret:

- Das Kompetenz-Zentrum organisiert und fördert den Austausch von Erfahrungen in Kommunikations- und Vernetzungsprozessen von Entscheidungs- und Kompetenzträgern regionaler Missionsprojekte. Das Zentrum ist innovativ in der projektbezogenen und beispielhaften Evaluation von Missionsformaten in spezifischen Regionen. Das Zentrum unterstützt Regionen durch Beratung und/oder durch die Vermittlung von Beratung.
- Das Zentrum sorgt für eine gute Einbindung seiner Aktivitäten sowohl in den Reformprozess wie in die vorhandenen missionarischen Anstrengungen der Gliedkirchen und Werke, wobei alle unterschiedlichen missionarischen Anstrengungen und einladenden Richtungen in der evangelischen Kirche im Blick sein sollten.
- Mit dem Zentrum soll die einladende und missionarische Dimension der ganzen kirchlichen Arbeit in einer Region gestärkt werden, indem das gemeinsame Engagement in Kirchenkreisen und Regionen angeregt, gefördert und begleitet wird. Zielpunkt ist die Unterstützung von "missionarischen Anstrengungen in guter Nachbarschaft".

Dieser Bericht ist eine Kurzfassung des ausführlichen Jahresberichtes der AMD.

Die ausführliche Fassung des AMD-Jahresberichtes gibt einen Überblick über missionarische Entwicklungen, Aktivitäten, Materialien, Impulse und Brennpunkte. Er enthält am Anfang einen Abschnitt zum Schwerpunktthema „Mission und Bildung“. Landessuperintendent Dr. Burghard Krause entfaltet in seinem Vortrag bei der Delegiertenversammlung der AMD Möglichkeiten einer neuen Beziehung zwischen „Mission und Bildung“. Dipl. Rel.-Päd. Andreas Schlamm, Projektleiter bei der AMD, stellt das Schwerpunktprojekt im EKD-Reformprozess die „Missionarischen Bildungsinitiative – Erwachsen glauben“ vor. In einem zweiten Teil sind – exemplarisch – missionarische Entwicklungen und Aktionen auf EKD-Ebene und landeskirchlicher Ebene sowie von Werken und Verbänden dokumentiert. Ein dritter Abschnitt widmet sich den vielfältigen Arbeitsfeldern der AMD. Am Schluss des Berichtes sind Organisationszusammenhänge dargestellt und eine Literaturliste zum Thema „Mission und Evangelisation in Deutschland“ beigegeben.

Die Langfassung kann bei der AMD-Geschäftsstelle, Reichensteiner Weg 24, 14195 Berlin angefordert werden oder im Internet eingesehen werden www.a-m-d.de. Lang- und Kurzfassung wurden zusammengestellt von Pfarrer Dr. Erhard Berneburg, Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste (AMD), Berlin 2009.